

Werner Schmoll
SPD-Fraktion

7570 Baden-Baden, 24.7.89
Rheinstraße 6

An den
Vorsitzenden des Gemeinderats
Herrn Oberbürgermeister Dr. Carlein
Rathaus, Marktplatz 2
7570 Baden-Baden

Betr.: Alternative Planungen im Falle eines Verzichts
auf die im Generalverkehrsplan festgeschriebene
Umgehungsstraße "B 500 neu"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie ich aus der hiesigen Presse erfahren habe, soll im Herbst über die vertraglichen Regelungen entschieden werden, die, gemäß einer Übereinkunft mit dem Regierungspräsidium, die Voraussetzungen dafür darstellen, daß die B 500 durch den Tunnel geführt und der Leopoldsplatz für den Durchgangsverkehr gesperrt werden darf. Wie Sie weiter gegenüber der Presse darlegten, **soll** die derzeit noch im Generalverkehrsplan festgelegte sogenannte "B 500 neu" einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen **werden**, was zu "Umplanungen" führen wird.

Meiner Meinung nach muß man sich aber schon heute auf den Tag "X" einstellen, von dem ab ohne großräumige Stadtumfahrung, ohne "B 500 neu", geplant werden muß.

Bei sicher kommenden Verhandlungen mit dem Bund über einen Verzicht auf die "B 500 neu" **hat** die Stadt

eine bessere Ausgangsposition, wenn sie dann bereits in der Lage ist, Alternativen in die Gespräche einzubringen, die für die durch die Straße des Bundes geschädigten Bürger einen vollwertigen Ersatz für die bisher geplante Entlastungsstraße darstellen können.

Aber auch der Vertrauensschutz gebietet es, daß man für die Bürger in den hochbelasteten Gebieten (Obere Breite, Weststadt, Lichtental und Geroldsau) Ausgleichsmaßnahmen erarbeitet und mit ihnen diskutiert. Man kann nicht 10 Jahre und mehr erzählen "zuerst kommt die Kurstadt mit dem Tunnel und danach bekommt ihr euere Entlastung durch die 'B 500 neu' " - und am Ende sieht es so aus, daß zwar die Innenstadt beruhigt ist, draußen aber die Belastung unerträglich wird.

Von allen Wohngebieten unserer Stadt wird die Weststadt zwischen Ebertplatz und Ausfahrt "Behördenzentrum" am stärksten mit Kfz-Verkehr belastet. Hier vor allem müssen bei einem Verzicht auf die "B 500 neu" Ausgleichsmaßnahmen ansetzen.

Deshalb beantrage ich namens der SPD-Fraktion, der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Tieferlegung der B 500 mit Überdeckelung und Herstellung einer Grünfläche im Bereich zwischen Ebertplatz und Bahnstraße im Hinblick auf Realisierbarkeit und Baukosten zu überprüfen.

Begründung:

- 1 Der oben angegebene Abschnitt der B 500 ist das am stärksten durch Lärm und Abgase belastete Gebiet unserer Stadt.
- 2 Die als sogenannter "Absauger" fungierende, vierspurige, autobahnähnliche Straße kann niemals in eine "Stadtstraße" umgewandelt werden, wie das die Verwaltung zuweilen Glauben machen will.
- 3 Mitten in einem hochverdichteten Wohn- und Geschäftsgebiet können durch die Überdeckelung der B 500 Grünflächen

in einer Größenordnung von ca 12.000 m² neu geschaffen werden, die in Verbindung mit der "grünen Einfahrt" bis an das Oosufer reichen und damit einen attraktiven Bereich für Naherholung und Freizeit darstellen.

4 Durch eine Überdeckelung wird die Trennung der Gebiete Oosscheuern, Ooswinkel und Weststadt aufgehoben und die fußläufigen und Fahrradverbindungen wesentlich erleichtert. Kurze Wege und geringeres Aufkommen an motorisiertem Verkehr wären die Folge.

5 Bei Verhandlungen mit dem Bund über Alternativen bei einem Verzicht auf die "B 500 neu" kann auf realistische Kostenvorstellungen zurückgegriffen werden.

•

Werner Schmoll